

Ausgekohlt

Kohleausstieg und sozial-ökologischer Umbau der Lausitz nach den Empfehlungen der Kohlekommission

Der Klimawandel schreitet voran und wird immer bedrohlicher. Es drohen gigantische Schäden an den Ökosystemen, die auf die Menschen zurückschlagen werden. Wenn das Ziel des Klimaschutzabkommens von Paris aus dem Jahr 2015 erreicht werden soll – das Ausmaß der Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad und möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen –, muss der Ausstoß von Treibhausgasen innerhalb von wenigen Jahrzehnten auf einen Bruchteil reduziert werden. Von Schritten in diese Richtung war in den letzten Jahren wenig zu merken. Zwischen 2010 und 2017 sind in Deutschland die Emissionen kaum zurückgegangen. Im letzten Jahr gab es zwar einen Rückgang um 4,5 Prozent, der aber im Wesentlichen dem Wetter geschuldet war.¹

Derzeit ist der Stromsektor für etwa ein Drittel der deutschen CO₂-Emissionen verantwortlich.² Davon gehen wiederum fast 80 Prozent auf die Kohleverstromung zurück.³ Bei der Förderung der besonders dreckigen Braunkohle ist Deutschland mit 185 Megatonnen weltweit Spitzenreiter, noch vor China mit 145 Megatonnen und Russland mit 77 Megatonnen – ein trauriger Rekord.⁴ Neben Gaskraftwerken sind die erneuerbaren Energien die eigentliche Alternative zur Kohleverstromung. Sie besaßen 2018 bereits einen Anteil von 38 Prozent an der Stromerzeugung besaßen und ihr Anteil soll bis 2030 gemäß Koalitionsvertrag auf 65 Prozent steigen. Ihre Kosten sind in den letzten Jahren stark gesunken und wenn die betriebswirtschaftlich nicht eingepreisten Kosten für Klimaschäden und Risiken der Atomenergie einbezogen werden, sind sie bereits jetzt die günstigere Erzeugungsvariante.

Eine ambitionierte Energiewendepolitik vermeidet nicht nur hohe langfristige Umweltschäden, sondern eröffnet auch neue Geschäftsfelder und Exportchancen und senkt die Abhängigkeit von Energieimporten. In der Wissenschaft besteht heute ein weitgehender Konsens, dass eine solche Politik nicht nur notwendig und machbar, sondern als Effizienz- und Modernisierungsstrategie sogar ökonomisch vorteilhaft ist.⁵ Diese makroökonomische Sicht gilt jedoch nicht für jeden Einzelnen. Ein Kohleausstieg trifft nicht nur die in den Kraftwerken und Tagebauen Beschäftigten und ihre Familien, sondern auch die vor- und nachgelagerten Betriebe und die Kohleregionen insgesamt. Der Hinweis, dass im Erneuerbare-Energien-Sektor an anderen Stellen gleichwertige Wertschöpfung und Arbeitsplätze aufgebaut werden, bringt den Kohlebeschäftigten zunächst einmal wenig. Von ihnen wird Klimaschutz, der die Lebensbedingungen der kommenden Generationen erhalten soll, als Bedrohung der eigenen Lebensverhältnisse empfunden. Wie ein Strukturwandel als „gerechter Übergang“ gelingen kann, ist unter dem Fachbegriff „Just Transition“ schon lange in der Diskussion. In den Braunkohleregionen – dem mitteldeutschen und dem rheinischen Revier sowie der im Zentrum dieses Artikels stehenden Lausitz – geht es nun sehr praktisch um die Umsetzung.⁶

Strukturwandel – Erfahrungen in Ost und West

Strukturwandel ist in Ostdeutschland durch die Nachwende-Erfahrungen ein vorwiegend negativ besetzter Begriff. Er spielte sich in erster Linie als Niedergang ab. Ganze Industriezweige wie die Lausitzer Textilindustrie waren vollständig abgewickelt worden. Gleichzeitig blieb das nicht eingelöste Versprechen von „blühenden Landschaften“ und gescheiterte Leuchtturmprojekte wie die Chipfabrik in Frankfurt/Oder, die Zeppelfabrik Cargolifter oder das Millionengrab Lausitzring in Erinnerung. Verbesserungen, etwa bei der technischen Ausrüstung, den Arbeitsbedingungen und der Infrastruktur konnten die negativen Erfahrungen, die auch Biographien entwerteten und Ohnmachtsgefühle erzeugten, nur zum Teil kompensieren. Nachdem die Lausitz in den letzten Jahren wieder etwas Auftrieb erfahren hat, droht nun der nächste einschneidende Wandel. Versprechungen von staatlich geförderten Industrieansiedlungen stoßen daher auf große Skepsis.

In Westdeutschland ist das Paradebeispiel des Strukturwandels der Niedergang der Montanindustrie. Im Ruhrgebiet, der ehemaligen Hochburg der westdeutschen Steinkohle- und Stahlindustrie, waren 1957 – im Spitzenjahr des deutschen Steinkohlebergbaus – bei einer Bevölkerung von 4 Millionen allein im Steinkohlebergbau über

¹ Durch den milden Winter musste weniger geheizt werden und das Niedrigwasser infolge der Sommerdürre erschwerte den Schiffstransport und führte zu höheren Energiepreisen.

² Umweltbundesamt, aktuelle Zahlen für 2016.

³ Destatis: Bruttostromerzeugung in Deutschland, Stand 14. Dezember 2018.

⁴ Zahlen der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe.

⁵ Siehe Öko-Institut, Fraunhofer ISI, u.a. (2018): Folgenabschätzung zu den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgewirkungen der Sektorziele für 2030 des Klimaschutzplans 2050 der Bundesregierung. Ergänzend dazu siehe Kapitel 1 „Die Energiewende als europäisches Fortschrittsprojekt“ in: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2019): „Memorandum 2019: Klimakollaps, Wohnungsnot, kriselnde EU – Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln.

⁶ Vgl. Axel Troost, Martina Greib u.a., Struktur- und industriepolitische Alternativen für die Lausitz, in: Rosa Luxemburg Stiftung (Hrsg.), Nach der Kohle - Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz. Berlin, Juni 2019 (<https://www.rosalux.de/publikation/id/40518/nach-der-kohle/>)
J. Klute (2019): Strukturwandel und Industriepolitik im Ruhrgebiet. Ein historischer Überblick, Online-Publikation der Rosa Luxemburg Stiftung.

600.000 Beschäftigte tätig. Hinzu kam noch einmal mindestens dieselbe Zahl an indirekt abhängig Beschäftigten.⁷ 1968 gab es im Bergbau schon nur noch 210.000 Beschäftigte. Die letzte Steinkohlezeche wurde schließlich Ende 2018 geschlossen.

Die Gesamtsumme, die im Zuge des Ausstiegs aus der Steinkohle aufgewandt wurde, wird auf 200 bis 300 Milliarden Euro geschätzt.⁸ Auch wenn Teile dieser Mittel sicherlich verschwendet waren und die Kohle viel zu lange als Zukunftstechnologie stützten, hält Jürgen Klute zu Recht fest: „Der langsame und sozialverträgliche Ausstieg aus der Kohle hat eine Deindustrialisierung des Ruhrgebiets verhindert. Zwar ist die alte Montanindustrie mittlerweile nahezu verschwunden. Ein Teil der alten Zulieferindustrie hat sich aufgrund des langsamen Ausstiegs jedoch transformieren können. Seit den 1960er Jahren sind Schritt für Schritt ein großer Wissenschaftssektor und ein Gesundheitssektor – Universitäten, staatliche und private Fachhochschulen sowie öffentliche, gemeinnützige und private Kliniken und soziale Dienstleister – aufgebaut worden. (...) Auch 2019 zählt das Ruhrgebiet – trotz aller Probleme, die es in der Region gibt – noch zu den bedeutendsten Wirtschaftsstandorten Europas und mehrere internationale Firmen haben dort ihren Hauptsitz (...). Deshalb greift es zu kurz, die Ausgaben für den sozialverträglichen Ausstieg aus dem Steinkohlenbergbau nur als Kostenfaktor zu verbuchen. Das war und ist eine Investition in die Zukunft der Region und in die Lebenschancen der dort lebenden Menschen.“

Alles in allem konnte – verglichen mit anderen ehemaligen Schwerindustriezentren in Großbritannien und den USA – der Strukturwandel im Ruhrgebiet vergleichsweise erfolgreich abgefedert werden. Die Spaltung der Region, die sich in etwa anhand der das Ruhrgebiet im Ost-West-Verlauf trennenden A40 festmachen lässt, konnte aber nicht verhindert werden. Dem Teil südlich dieses „Sozialäquators des Ruhrgebiets“, in dem die meisten Universitäten und mehrere Fachhochschulen angesiedelt wurden, geht es wesentlich besser als dem Norden.⁹

Der Ausstiegsplan der Kohlekommission

Die Bundesregierung hat 2018 zur Gestaltung des Kohleausstiegs die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ eingesetzt, die landläufig als „Kohlekommission“ bekannt ist und Anfang 2019 ihren Abschlussbericht vorgelegt hat. Darin saßen Vertreterinnen und Vertreter von Industrieverbänden, Gewerkschaften, Umweltverbänden, der Energiewirtschaft und Wissenschaft sowie der betroffenen Regionen. Der Bundestag war nur über drei nicht-stimmberechtigte Abgeordnete der CDU, der CSU und der SPD vertreten. Zwar hat die Kommission keinerlei gesetzgeberische Kompetenz; alles deutet jedoch daraufhin, dass ihre Empfehlungen tatsächlich im Kern unverändert den Weg in bindende Vereinbarungen finden werden. Daran ändern auch die vier Sondervoten und die eine Gegenstimme unter den 28 Kommissionsmitgliedern nichts. In einem Sondervotum hatten die Vertreter(-innen) von Umweltschutzorganisationen den Abschaltpfad als unvereinbar mit den Pariser Klimaziele bezeichnet. Dafür wäre ein vollständiger Ausstieg bis 2030 erforderlich. Die Kohlekommission empfiehlt dagegen ein Ausstiegsdatum von 2038, das nach einer Evaluation im Jahr 2032 auf frühestens 2035 vorgezogen werden kann.

Bis 2022 sollen nach den Empfehlungen der Kommission bundesweit 5 Gigawatt (GW) an Braunkohlekapazitäten und 7,7 GW an Steinkohlekapazitäten stillgelegt werden. Ohne jene Kraftwerke, die bis dahin ohnehin vom Netz gehen sollen, bleibt eine zusätzliche Stilllegung von drei GW Braunkohle im Rheinischen Revier in NRW und vier GW an Steinkohle-Kraftwerken. Bis 2030 sollen netto weitere sechs GW Braunkohle und sieben GW Steinkohle abgeschaltet werden. Insgesamt wären dann noch Kohlekraftwerke mit einer Kapazität von 17 GW am Netz – eine Reduzierung des heutigen Bestands um 60 Prozent.

Nach Einschätzung von Agora Energiewende werden durch den Kohlekompromiss gegenüber einem Referenzszenario zwischen 2018 und 2030 insgesamt 350 Millionen Tonnen CO₂ eingespart, bis 2030 summieren sich die Einsparungen auf etwa eine Milliarde Tonne. Gleichzeitig werden in diesem Zeitraum im Stromsektor aber immer noch drei Milliarden Tonnen CO₂ emittiert.¹⁰

Die Lausitz als Hot Spot des Kohleausstiegs

Unter den drei noch aktiven deutschen Braunkohlerevieren ist die Lausitz mit ihren vier Tagebauen und drei Kraftwerksstandorten vom Ausstieg am stärksten betroffen. Der Anteil der direkt abhängig Beschäftigten an den sozialpflichtigen Beschäftigten ist mit 2,0 Prozent größer als im Rheinischen Revier (1,2 Prozent) und im Mitteldeutschen Revier (0,3 Prozent). Zudem weist die Lausitz, die als peripher und ländlich eingestuft wird, trotz stetigen Wirtschaftswachstums in einigen Kreisen immer noch relativ schwache Strukturdaten auf. Dies zeigt sich in einer unterdurchschnittlichen Wertschöpfung und überdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten. Die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung der sechs Landkreise und der kreisfreien Stadt Cottbus, die zur Lausitz gezählt werden, erreicht nur zwischen 60 und 87 Prozent des Bundesdurchschnitts. Die Arbeitsentgelte sind niedrig, der Landkreis Görlitz belegt bundesweit beim mittleren Bruttoentgelt sogar den letzten Platz von 401 Kreisen.

⁷ J. Klute (2019): Strukturwandel und Industriepolitik im Ruhrgebiet. Ein historischer Überblick, Online-Publikation der Rosa Luxemburg Stiftung.

⁸ Ebd., S. 17 bzw. S. 22.

⁹ Ebd., S. 41.

¹⁰ Agora Energiewende (2019): „Die Empfehlungen der Kohlekommission und deren Auswirkungen auf den deutschen Stromsektor“, Stellungnahme für die öffentliche Anhörung in Ausschuss für Wirtschaft und Energie am 15.5.2019, Deutscher Bundestag.

Die Braunkohle hat darüber hinaus auch eine kulturelle Dimension. Im Guten (Arbeitsplätze und Einkommen) wie im Schlechten (Naturzerstörung und Umsiedlung) hat sie die Lebensverhältnisse der Region geprägt. In der DDR war sie das Rückgrat der Strom- und Wärmeversorgung. Viele in der Lausitz ansässige Familien haben Angehörige, die seit Generationen im Bergbau arbeiten und sich stark mit der Braunkohle identifizieren.

Derzeit arbeiten in den Lausitzer Braunkohletagebauen und -kraftwerken etwa 7.000 Menschen. Gegenüber 79.000 Beschäftigten im Jahr 1989 stellt dies einen erheblichen Rückgang dar. Zu den direkt in der Braunkohleindustrie Beschäftigten kommen allerdings noch Arbeitskräfte in Zulieferbetrieben und Dienstleistern. Schätzungsweise hängen in der Lausitz 10.000 bis 16.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Braunkohle ab, also 1,9 bis 3,0 Prozent aller Erwerbstätigen. Dies scheint wenig. Allerdings handelt es sich bei den im Bergbau Tätigen um gut bezahlte und mitbestimmte Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung, die in der Region Mangelware sind. Ersatzarbeitsplätze in Sektoren wie dem Tourismus und der Land- und Forstwirtschaft werden typischerweise deutlich schlechter bezahlt. Zudem fehlt ihnen das besondere Gefüge einer solidarischen Betriebsgemeinschaft.¹¹

Aus Sicht der Kohlewirtschaft ist die Lausitz bei den Empfehlungen der Kohlekommission glimpflich davonkommen. Auf kurze Sicht wird es nach dem Stand der Dinge keine zusätzlichen Kraftwerksstilllegungen geben. Abgesehen von zwei Blöcken im Kraftwerk Jänschwalde, deren baldige Stilllegung unabhängig von der Kohlekommission beschlossen war, dürfte es erst ab Ende der 2020er Jahre zu Kraftwerksstilllegungen in der Region kommen.¹² Diese würden auch nicht sofort beschäftigungswirksam. Daher können betriebsbedingte Kündigungen bei der LEAG und ihren Tochterunternehmen voraussichtlich ausgeschlossen werden.

Aufgrund des hohen Durchschnittsalters in den LEAG-Betrieben dürfte ein Großteil der Beschäftigten unter Inanspruchnahme von Sonderregelungen für Bergleute (und eventuell zu vereinbarenden Ergänzungsleistungen) direkt in den Ruhestand wechseln können. Schwieriger stellt sich die Situation für jüngere Beschäftigte und indirekt von der Braunkohle abhängige Beschäftigte dar. Teils werden sie noch im Bereich der bergbaulichen Nachsorge unterkommen können.

Die Bevölkerung der Lausitz ist in den vergangenen zwanzig Jahren stark geschrumpft und gealtert. In Zukunft ist mit einem weiteren, teils drastischen Rückgang zu rechnen.¹³ Bereits heute mangelt es in der Region an jungen Leuten. Die Arbeitsverwaltung meldet Fachkräftengpässe und nicht mehr besetzbare offene Stellen. Die eigentliche Herausforderung dürfte daher weniger in der zahlenmäßigen Beschäftigungssicherung bestehen, sondern darin, attraktive, gut bezahlte und tarifvertraglich abgesicherte Arbeitsplätze für die nächste Generation in anderen Bereichen zu schaffen. Hierfür wird die Lausitz zukünftig auf umfangreiche Strukturwandelgelder zurückgreifen können. Um die Auswirkungen des Kohleausstiegs auf vor- und nachgelagerte Betriebe und Dienstleister abzufedern, wäre die Gründung einer regionalen Entwicklungsgesellschaft mit mehrheitlich öffentlichen Anteilseignern sinnvoll.

Da der Kohleausstieg in der Lausitz laut bisherigen Planungen ohnehin in den 2040er Jahren bevorgestanden hätte, sieht der Kohlekompromiss einen um wenige Jahre vorgezogenen Ausstieg vor, der dafür aber mit immensen staatlichen Zuwendungen vergolten wird.

Flankierung des Kohleausstiegs durch Strukturwandelmittel

Die Kohlekommission schlägt für die betroffenen Regionen ein erhebliches Unterstützungspaket vor. Sie sollen in den kommenden 20 Jahren aus dem Bundeshaushalt jährlich zwei Milliarden Euro an Strukturhilfen erhalten, also 40 Milliarden Euro insgesamt. Davon sollen 1,3 Milliarden Euro jährlich für Einzelprojekte bereitgestellt werden. Die weiteren 700 Millionen Euro jährlich (insgesamt 14 Milliarden Euro) sollen den Ländern zur „mittel- und langfristigen Absicherung strukturpolitischer Maßnahmen“ offeriert werden. Der Bericht enthält außerdem Vorschläge zu zentralen Vorhaben, u.a. werden zahlreiche Verkehrsprojekte und die Ansiedlung von Bundesbehörden angeregt. Ihm wurden zudem 151 Seiten an Projektlisten der Bundesländer angehängt. Diese wirken jedoch überwiegend als überstürzt zusammengestellte Wunschlisten. Der Bezug zum Strukturwandel ist in vielen Fällen unklar.

Die 40 Milliarden Euro an Strukturhilfen stellen nur einen Teil der entstehenden Kosten dar. Agora Energiewende schätzt die bis 2038 entstehenden Zusatzkosten für den Bundeshaushalt auf 69 bis 93 Milliarden Euro.¹⁴ Darin enthalten sind 5 bis 7 Milliarden Euro Anpassungsgeld für Bergleute, die ohne Abschläge in den vorzeitigen Ruhestand gehen sollen, 16 Milliarden Euro für die Strompreiskompensation von Unternehmen und 3 bis 4 Milliarden Euro für die Löschung von Emissionszertifikaten. Hinzu kommen noch Entschädigungszahlungen an die Betreiber in Höhe von 5 bis 10 Milliarden Euro.

Gemäß den Ende Mai beschlossenen Eckpunkten für das „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ sollen die be-

¹¹ S. Bose, K. Dörre u.a. (2019): „Braunkohleausstieg im Lausitzer Revier – Sichtweisen von Beschäftigten“, in: „Nach der Kohle – Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz“, Rosa Luxemburg-Stiftung, Berlin.

¹² Ob sich ein für 2025 angekündigtes Innovationsprojekt, das Schließungen im Kraftwerk Jänschwalde verhindern soll, realisieren lässt, bleibt allerdings abzuwarten. Es bestehen erhebliche Zweifel daran.

¹³ Laut Prognosen des IAB wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in der Lausitz im Zeitraum 2012 bis 2032 um mehr als ein Drittel schrumpfen. Siehe H. Seibert u.a. (2019): Die Lausitz. Eine Region im Wandel, IAB-Regional Berlin-Brandenburg 3/2018.

¹⁴ Siehe Fußnote 12.

troffenen Bundesländer tatsächlich die empfohlenen Fördersummen erhalten. Die Quoten für die Verteilung der Mittel sollen von der absoluten Beschäftigungsanzahl und der „beschäftigungspolitischen Relevanz des Braunkohlesektors für die Regionen“ abgeleitet werden. Entsprechend sollen 43 Prozent der Bundesmittel, also 17,2 Milliarden Euro, in die Lausitz fließen. Das Gesetz sollte ursprünglich bis zur Sommerpause des Bundestags beschlossen werden, schiebt sich nun aber in den Herbst. Erst danach soll ein Gesetz folgen, das die Schließung der Kraftwerke und Tagebaue regelt.

Wie soll der Strukturwandel in der Lausitz gelingen?

Strukturwandel kann nicht einfach von außen verordnet werden. Damit er gelingt, müssen Unternehmen und Bevölkerung aktiv an der Entwicklung von Konzepten beteiligt werden. Hierzu gibt es bereits Akteure vor Ort, die jedoch unterschiedliche Interessen verfolgen. Derzeit scheinen wirtschaftsnahe Bündnisse die Oberhand zu besitzen. Eine Erschwernis stellt die Aufteilung der Lausitz über die Landesgrenzen Brandenburgs und Sachsens dar. Beide Bundesländer müssen sich stärker koordinieren, als es bisher der Fall war.

Für eine kohärente Regionalentwicklung und das effektive Regionalmarketing sind Leitbilder zentral, die das industrielle Selbstverständnis und die Stärken und Schwächen der Region adressieren. Darauf können Maßnahmen aufbauen für die Infrastruktur, die Wirtschafts- und Innovationsförderung sowie die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen und Behörden. Zur Infrastrukturentwicklung gehören neben einer besseren Anbindung an Ballungsräume und industrielle und universitäre Zentren und einer flächendeckenden Versorgung mit schnellem Internet auch kulturelle und Freizeitangebote, gute Schulen und Kitas sowie Sportangebote. In der Lausitz war bislang allerdings schon der Substanzerhalt aufgrund der schrumpfenden Bevölkerung schwer zu bewerkstelligen. Die Fördermilliarden eröffnen nun Chancen für eine Kehrtwende.

Während im Eckpunktepapier für das Strukturstärkungsgesetz das Rheinische Revier zu einer „Europäische Modellregion für Energieversorgungs- und Ressourcensicherheit“ entwickelt und im Mitteldeutschen Revier ein „europäischer Logistikhub“ geschaffen werden soll, soll die Lausitz zu einer „Europäischen Modellregion für den Strukturwandel“ werden. Sie soll dafür stärker mit den Metropolen Berlin, Leipzig und Dresden vernetzt und es sollen neue Behörden angesiedelt werden. Relativ vage und viel zu unkonkret wird unter dem Motto „zentraler, europäischer Verflechtungsraum“ auch auf eine bessere Anbindung nach Polen und Tschechien angespielt. Als „innovative und leistungsfähige Wirtschaftsregion“ sollen industrielle Strukturen weiterentwickelt werden. Durch Projekte im Bereich der Sektorkopplung und regenerativer bzw. nachsorgefreier Energiesysteme soll die Lausitz „Energierregion“ bleiben. Dazu kommen Forschungseinrichtungen, der Ausbau der Internetverbindungen und Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge. Als letzter Punkt werden die Kultur-, Natur- und Tourismuspotenziale der Region hervorgehoben.

Konkret heißt dies, dass zunächst in der Lausitz als „prioritäre Projekte“ die Bahnstrecken Berlin-Dresden und weitere Schienen- und Straßenprojekte ausgebaut und ein Fraunhofer Institut für Energieinfrastrukturen und Geothermie aufgebaut werden. Dazu kommen ein DLR-Institut „Next Generation Turbo Fans“ für Flugtriebwerke in Cottbus, ein Helmholtz-Zentrum für untertägige Forschungsinfrastruktur, ein Kompetenzzentrum Klimaschutz in energieintensiven Industrien in Cottbus, ein Kompetenzzentrum für die nachhaltige Erzeugung und Nutzung von Power-to-X inklusive einer Demonstrationsanlage, ein DLR-Institut für CO₂-arme Industrieprozesse/Hochtemperaturwärmepumpen in Cottbus und Zittau/Görlitz, ein Lausitzer Zentrum für Künstliche Intelligenz, ein Gesundheitscampus und Universitätsklinikum in Cottbus/Senftenberg sowie der Wissenschaftscampus „Albrecht Thaer“ in Senftenberg.

Bewertung des Ausstiegs und der flankierenden Maßnahmen

Der deutsche Kohleausstieg besitzt für Staaten, die bisher noch an der Kohleverstromung festhalten, einen wichtigen Signalcharakter. Umso wichtiger ist es, dass der damit zusammenhängende Strukturwandel erfolgreich gemeistert wird. Dies ist als Signal auch für die dringend notwendige Rückbesinnung vom Markt zur Politik in anderen Feldern entscheidend.

Aus Sicht des Klimaschutzes kommt der Kohleausstieg allerdings zu spät. Schon vor Jahren hätten die entsprechenden Weichen für den Ausstieg und die damit zusammenhängenden Strukturwandelhilfen gestellt werden müssen. Da das 1,5-Gradziel des Pariser Abkommens voraussichtlich nicht mit den Kohlekompromiss erreicht werden kann, zugleich die Wählerinnen und Wähler einen weiteren Bummelkurs zum Glück nicht mehr tolerieren, wird der Ausstiegsfahrplan umkämpft bleiben. Selbst wenn das endgültige Ausstiegsdatum 2038 bzw. 2035 nicht wackeln sollte, könnten Entwicklungen wie ein signifikanter CO₂-Preis ein früheres Abschalten seitens der Betreiber aus wirtschaftlichen Gründen erzwingen. Auch der angekündigte Ausbau erneuerbarer Energien auf 65 Prozent bis 2030 dürfte Kohlestrom weiter unter Stress setzen. Für die Kohlebeschäftigten ist das schädlich: „Ein kürzerer und mit konkreteren Terminen unterlegter Ausstiegspfad wäre [...] nicht nur für die Erreichung der Klimaziele und die Konversion der Reviere, sondern auch für die sozialverträgliche und Fachkräftepotenziale erhaltende Arbeitsmarktstrategie günstiger als die jetzt [...] zu konstatierende Ausgangslage“ (M. Knuth).¹⁵

Grundsätzlich schaffen die erheblichen Finanzmittel eine gute Grundlage für einen erfolgreichen Wandel. Um den Kohleausstieg als Chance statt als Gefahr oder von außen auferlegten Zwang zu begreifen, müssen Bürgerinnen und

¹⁵ M. Knuth (2019): „Arbeitsmarktpolitische Flankierung des Braunkohle-Ausstiegs“, in: „Nach der Kohle – Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz“, Rosa Luxemburg-Stiftung, Berlin.

Bürger allerdings in die Lage versetzt werden, auf ihren Einsatz Einfluss zu nehmen. Wichtige Instrumente dazu sind durch die Landesregierungen unterstützte Stakeholder-Dialoge, die Integration aller regionalen Akteure in das von der ‚Wirtschaftsregion Lausitz‘ organisierte Bündnis ‚Zukunftswerkstatt Lausitz‘ und die Einrichtung eines „Fonds Zivilgesellschaft“. Auch über Formate wie Erzählalons, die zur Entwicklung eigener Projekte ermutigen, kann eine Strukturentwicklung von unten angestoßen werden. Der Mangel an echter Beteiligung wird aber nicht nur aus den Reihen der Zivilgesellschaft beklagt. Wesentliche Vorentscheidungen fallen selbst an den Landesparlamenten vorbei.

Grundsätzlich scheint die Förderpolitik vernünftig ausgerichtet zu sein. Dass nicht alle Projekte erfolgreich sein werden, liegt in der Natur der Sache. Ob jedes einzelne Straßenbauprojekt sinnvoll ist, darf man schon jetzt bezweifeln, aber bei den meisten anderen Projektideen wird sich dies wohl erst in etlichen Jahren zeigen. Von überdimensionierten Projekten und Schnapsideen wie einer Sonderwirtschaftszone in der Lausitz wurde zum Glück bisher Abstand genommen.

Schwierig könnte sich allerdings die Umsetzung erweisen. In den Lausitzer Kommunen müsste jetzt mit Voll-dampf daran gearbeitet werden, Projekte zu entwickeln und einzureichen. Derzeit fehlt es den vielfach in der Haushaltssicherung befindlichen Kommunen allerdings an Personalstellen und Eigenmitteln. Hier rächt sich, dass in vielen Bundesländern aus Finanznot die Verwaltung ausgemergelt wurde. Eine Investitionspauschale für Lausitzer Kommunen könnte diese mittelfristig besser in die Lage versetzen, Ideen zu generieren und Fördermittel zu beantragen.

Ginge es allein um wegfallende Kohlearbeitsplätze, wäre der Finanzrahmen des Kohlekompromisses überdimensioniert. Tatsächlich geht es jedoch um das Nachholen versäumter Investitionen und die Förderung strukturschwacher Gebiete, also um ganz andere Größenordnungen. Die Tatsache, dass aus Gerechtigkeitsgründen nicht nur die Schicksale der Kohleregionen und –beschäftigten, sondern auch die Belange anderer strukturell benachteiligter Regionen und von Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit betroffener Menschen gleichrangig behandelt werden müssen, zeigt das Konfliktpotenzial des Themas und den von der Bundesregierung bisher unzureichend erfassten Handlungsbedarf. Denn es ist niemandem zu vermitteln, nun Milliardenbeträge in die Kohleregionen zu leiten, zugleich aber wirtschaftlich abgehangene Regionen in Mecklenburg-Vorpommern im Regen stehen zu lassen. Das macht die Strukturwandelmilliarden für den Kohleausstieg nicht falsch, aber nur zu einem ersten Schritt. Das Auslaufen des Solidarpakts II und die von der Großen Koalition vorangetriebene Abschaffung des Solidaritätszuschlags weisen aber in die entgegengesetzte Richtung.

Zugleich drängt sich der Eindruck auf, dass die Kohlekommission großzügig Geld in alle möglichen Richtungen verteilt hat. Dazu gehört auch, die Betreiberunternehmen für die Abschaltung zu entschädigen. Rechtliche Gutachten sehen eine Entschädigung für ältere Kraftwerke als nicht erforderlich an. Sollte die Bundesregierung den Empfehlungen der Kohlekommission folgen, wie es den Anschein hat, wäre das ein großzügiges Geschenk an die Kapitalseite.